

Saarbrücken, den 25.10.2019

PRESSEMITTEILUNG

Saarländische Städte und Gemeinden benötigen Hilfe des Bundes beim Altschuldenabbau

Nach Auffassung des stellvertretenden Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, und der Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh benötigen die saarländischen Städte und Gemeinden dringend weitere finanzielle Hilfen beim Abbau ihrer Altschulden. Zwar werden die Kommunen durch den Saarlandpakt von Seiten des Landes bei der Schuldentilgung der Kassenkredite um 1 Mrd. Euro entlastet, dennoch verbleibt – angesichts einer verbleibenden Schuldenlast in Höhe einer weiteren Milliarde Euro – der Verschuldungsgrad der saarländischen Städte und Gemeinden im bundesweiten Vergleich auch nach der Entlastung durch den Saarlandpakt auf einem sehr hohen Niveau.

Beide betonen dabei, dass für den hohen Schuldenstand strukturelle Faktoren verantwortlich sind, für die weder das Land noch die Kommunen verantwortlich sind, wie z. B. die tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Saarlandes der vergangenen Jahrzehnte sowie der ungebremste Anstieg der Sozialkosten.

Für Bürgermeister Schmidt und Geschäftsführerin Beckmann-Roh ist daher die Hilfe des Bundes für einen weiteren Abbau der Kassenkredite und damit für eine nachhaltig gesunde Entwicklung der saarländischen Kommunen unbedingt erforderlich. „Das Saarland hat mit dem Saarlandpakt bereits erhebliche eigene Kraftanstrengungen zum Schuldenabbau der Kommunen geleistet und damit den Weg für weitere notwendige Bundeshilfen freigemacht“, so Schmidt und Beckmann-Roh weiter.

Ergänzend weisen beide darauf hin, dass auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ im Sommer Lösungen für den Altschuldenabbau als dringend erforderlich angesehen hat. Auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz habe in einem Interview mit der Rheinischen Post am 28.09.2019 mit dem Hinweis auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Bereitschaft des Bundes erklärt, einen Teil der kommunalen Altschulden zu übernehmen.

Laut Bürgermeister Schmidt und Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh werden durch die hohen Schulden Mittel gebunden, die für andere, dringende Maßnahmen zur Sanierung der Infrastruktur und Steigerung der Attraktivität der saarländischen Städte und Gemeinden benötigt werden. Eine in die Zukunft gerichtete perspektivische Weiterentwicklung wird dadurch gehemmt.

Abschließend appellieren Bürgermeister Schmidt und Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh an die Verantwortlichen im Bund, ihrer Verantwortung auch für die saarländischen Kommunen gerecht zu werden und sich an einer Lösung der Altschuldenfrage zu beteiligen.